



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Friede mit Rom.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Friede mit Rom.



urch die beglaubigte Mitteilung, daß die römische Kurie die ständige Anzeigepflicht gewährt und die preussischen Bischöfe demgemäß angewiesen hat, die Pfarrer für die frei werdenden Stellen der Regierung zu benennen, darf man die neueste Phase der Kirchenpolitik als abgeschlossen betrachten.

Eben weil ein solcher Ruhepunkt eingetreten ist, wird eine Äußerung in diesen Blättern nicht ungerechtfertigt sein. Solange die Materie in den Händen der Parteien und Diplomaten war und nicht bloß jeder Tag, sondern auch fast jede Stunde ein andres Antlitz zeigte, bestand für eine Wochenschrift, welche sich über die Ereignisse stellen will, kein Anlaß, den Chor der Preßstimmen durch eine ephemere Äußerung zu vermehren. Wohl aber hat sie die Pflicht, nachdem jetzt die Akten — wenigstens für eine Zeit lang — geschlossen sind, von einem allgemeineren Standpunkte das wichtige Ergebnis der letzten preussischen Kirchenpolitik zu betrachten.

Aufzuehr freilich wird es nicht möglich sein, in die Tiefe der Dinge hinaufzusteigen; denn es handelt sich auf diesem Gebiete um Streitfragen, welche die Menschheit so lange bewegt haben, als es eine weltliche Macht und ein Priestertum gab. Sa selbst wenn man aus diesem großen Zeitraume die im Vergleich zu ihm kleine Episode der deutschen Geschichte herausgreift, so haben sich die Schwerter — das geistliche und weltliche —, denen nach dem Sachsenpiegel die Beschirmung der Christenheit anvertraut ist, oft genug gekreuzt, bis sie wieder friedlich nebeneinander wirkten, um nach kurzer Zeit aufs neue einander zu bekämpfen. Wer sich diese Erscheinungen gegenwärtig hält, der darf sich über die neueste Entwicklung, welche der sogenannte Kulturkampf genommen hat, nicht wundern. Beide Teile haben nach langer Befehdung das Bedürfnis des Friedens

geföhlt. Das neue deutsche Reich, diese herrlichste Schöpfung unsrer Tage, sah sich durch den Kampf mit der katholischen Kirche seinen wesentlichsten Aufgaben entfremdet. Eine mächtige Partei übernahm angeblich den Schutz der bedrohten Rechte der Kirche und geriet dabei unvermerkt unter die Leitung eines notorischen Welfenagitors, d. h. des bedeutendsten innern Gegners, den das Reich hat. Unter seiner Führung ist keine Vorlage sachlich, sondern lediglich nach den Bedürfnissen einer jesuitisch-welfischen Politik geprüft worden. Diese Partei fand die Unterstützung bei allen Fraktionen, welche ihr Ziel in der Bekämpfung der Reichspolitik finden. Gerade solche, welche weder im Staat noch in der Kirche irgendeine Autorität anerkennen, gerade solche, welche programmäßig die positive Religion bekämpfen oder sogar sich offen zum Atheismus bekennen, waren in der Gegnerschaft gegen das Reich und dessen Regierung die getreuen Bundesgenossen der katholischen Partei. Diesen Anstrengungen gegenüber hatte das neue Reich, wenn man will, Tag für Tag um seine Existenz zu ringen, um nur dasjenige durchzusetzen, was unbedingt zu seiner notdürftigen Unterhaltung nötig war. An große Reformpläne war nicht zu denken; nur einem so bedeutenden Manne wie dem Fürsten Bismarck konnte es gelingen, in dieser Zeit der Kämpfe den Frieden nach außen zu erhalten, die soziale Frage in Angriff zu nehmen und die neuen Ideen einer gesunden Handels-, Zoll- und Steuerpolitik in die Massen zu werfen. Wo einmal der eine oder der andre Plan zur Ausführung kam, geschah dies nur unter großen Opfern, immer war es der kirchliche Unfriede, der zum Deckmantel für alle Angriffe benutzt wurde.

Aber wenn auf der einen Seite der Staat für sich aus dem Kampfe keinen Segen spriesen sah, so mußte jeder ernste und nicht vom Augenblick befangne Mann sich sagen, daß auch die katholische Kirche in Deutschland auf abschüssigem Wege war. Sie, deren ganze Grundlage in der Anerkennung der Autorität besteht, mußte die staatliche Autorität fortwährend bekämpfen und oft mit Bundesgenossen und Mitteln, die eben nur bei einem erbitterten Kampfe ihre Erklärung finden. Eine so hartnäckige Bekämpfung der Autorität hat aber Gefahren für den Bekämpfenden, wenn das Volk so durchaus monarchisch und königstreu ist wie das preußische. Den gebildeten Elementen ging die kirchliche Kampfweise schon vom Beginne des Kulturkampfes an viel zu weit, das Umsichgreifen des Jesuitismus und der Demagogie im niedern Klerus flößte ihnen Besorgnis und Abscheu ein. Es war zu befürchten, daß sich dieser gute Kern gänzlich von dem kirchlichen Leben lösen und daß die Rauheit des Glaubens, durch welche sich die höhern protestantischen Kreise in so wenig vorteilhafter Weise auszeichnen, auch die bessere katholische Bevölkerung ergreifen werde. Die niedere aber mußte in ihren sittlichen Begriffen schwankend werden, wenn sie das ihnen so hochstehende Königtum, in welchem sich in ihren Augen der Staat verkörpert, von der zweiten Autorität mit anerkannten Feinden der Gesellschaft oft in maßloser Weise angegriffen sah. Im Osten aber verwilderte das kirchliche Leben gänzlich durch den Mangel

an Seelsorgern. Die langjährige Verwaisung der bischöflichen Sitze und der mit derselben verbundene Mangel an der ordentlichen Disziplin und Gerichtsbarkeit zog allmählich Unbotmäßigkeit und Zuchtlosigkeit im niedern Klerus groß. Während der Fels Petri im katholischen Sinne nur durch seinen autoritativen und autokratischen Charakter seine Stärke, Kraft und Macht in allen Zeiten zu bewahren verstand, begannen demokratische und demagogische Anschauungen einzureißen, und Anarchie drohte den stolzen, einheitlichen Bau der katholischen Kirche zu gefährden. Die Klagen, welche über dieses Gebahren der niedern Geistlichkeit bis an den päpstlichen Stuhl drangen, konnten auf einen Mann von so weitem Blick, wie Papst Leo es ist, nicht ohne Eindruck bleiben, und sie mußten ihn bei seiner angeborenen Friedensliebe umso geneigter machen, sich mit der preussischen Regierung zu verständigen.

Waren so beide Teile „des langen Haders müde,“ so wäre es thöricht gewesen, wenn man, um eine Verständigung zu finden, zunächst die unveräußerlichen Rechte des Staates oder der Kirche hätte feststellen wollen. In dieser Hinsicht giebt es zwischen den beiden Gewalten keine Versöhnung. Prinzipiell steht heute die katholische Kirche noch ganz auf den Grundsätzen, wie sie in der Bulle Unam Sanctam von Bonifacius VIII. verkündet worden sind; nach ihr steht heute noch die Kirche über dem Staate, weil das geistliche Schwert höher als das weltliche ist; nach ihr ist heute noch der Papst der oberste Richter in der Christenheit, und seinem Winke sind die Fürsten und alle weltliche Obrigkeit unterthan. Wem diese Grundsätze nicht gefallen, der muß einen Kreuzzug gegen die katholische Kirche zustande bringen und das Papsttum vernichten oder, wie ihrer Zeit die französischen Könige, in die Gefangenschaft setzen. Solche Machtmittel stehen aber dem modernen konstitutionellen oder parlamentarischen Staate nicht zu Gebote. Namentlich darf man bei der Universalität der katholischen Kirche nicht glauben, daß eine Demütigung derselben durch die Gesetzgebung eines einzelnen, auch noch so mächtigen Staates zu erreichen sei.

Es kann sich also nur darum handeln, daß man die etwaigen Übergriffe der Kirche in das staatliche Gebiet abwehrt, daß man die Macht, die in dem Staate neben der staatlichen Gewalt besteht, nicht so mächtig werden läßt, daß ihr die letztere auch in weltlichen Dingen dienstbar wird. Hier ist schon ein Boden, auf welchem sich durch Verhandeln, durch Geben und Nehmen, Leistung und Gegenleistung eine Einigung erreichen läßt. Hier liegt aber ein sehr breites Feld vor uns, ehe man sagen kann, daß die Grenze von der einen oder andern Seite überschritten sei, freilich ein ebenso großer Spielraum für Doktrinäre, die sich diese Grenzen nach eigener Willkür setzen.

Die Kirchengesetze des Ministers Falk werden sicherlich nicht für sich das Privilegium in Anspruch nehmen können, in dem jahrhundertelangen Grenzstreite der staatlichen und kirchlichen Gewalt die richtige Entscheidung getroffen zu

haben. Wer dergleichen behauptet, der muß den Krieg für den befriedigendsten Zustand erklären. Denn jene Gesetze sind in der Zeit des Kampfes entstanden. Der deutsche protestantische Geist war durch die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas in eine tiefe Erregung geraten, die Bundesgenossenschaft des Papstes mit den Urhebern des deutsch-französischen Krieges hatte in weiten Schichten eine zornige Bewegung gegen Rom hervorgerufen, die durch feindselige Äußerungen Papst Pius' IX. gegen das neuerstandne Reich und durch offene Begünstigung der innern Feinde desselben genährt und verstärkt wurde. In manchen phantastischen Köpfen mochte sich vielleicht auch die Vorstellung regen, als ob nach der in so wunderbarer Weise in Erfüllung gegangnen politischen Einheit dem seit Jahrhunderten durch die Konfessionspaltung zerrissenen Vaterlande auch die kirchliche Einigkeit zurückgewonnen werden könnte. In dieser lutherischen Kampfesstimmung sind die Maigesetze entstanden. Es soll hier nicht untersucht werden, ob dieselben dahin hätten führen können, daß die katholische Kirche in Deutschland sich den Forderungen des Staates unterwarf. Ich glaube es nicht, denn Rome ne recule pas, und vom Standpunkte der katholischen Universalität würde eher die größte Gewissensnot der Gemeinden und einzelner Seelen als eine Nachgiebigkeit geduldet worden sein. Jedenfalls aber mußte der Staat, wenn er einen solchen Sieg hätte erreichen wollen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen, alle seine Kräfte zusammen nehmen und auf das eine Ziel richten. Statt dessen führte der deutsche Fraktionsgeist und die Zerspaltung der Parteien zu einer Schwächung des Staates; die Kirche führte den Kampf nach einem Willen und mit ganzer Macht, der Staat mußte bald bei dieser, bald bei jener Partei um die Mittel für seine notwendige Existenz betteln und sich auf diesem Bettelwege bald mit dieser, bald mit jener Doktrin abfinden. Wenn also auch der Luther vorhanden gewesen wäre, so fehlte doch den Parteien die hohe Opferfreudigkeit und der große Blick, wie er uns im Zeitalter der Reformation zu Tage tritt.

Aber wir stehen keineswegs auf dem Standpunkte, daß wir einen solchen Sieg für erwünscht bezeichnen könnten. In unsrer heutigen Zeit darf es keine Vergewaltigung auf dem Gebiete religiöser Anschauung mehr geben. Je mehr wir die Überzeugung haben, daß innerhalb des Bereiches staatlicher Macht die gegenwärtige Gesellschaftsordnung dem Einzelnen zu seinem und des Ganzen Schaden eine viel zu große Freiheit gewähre, umso mehr meinen wir, daß innerhalb des Gewissensgebietes diese Freiheit nicht groß genug sein kann. Wenn aber nach den Falschen Kirchengesetzen die Vornahme gottesdienstlicher Handlungen durch einen kirchlich geweihten Priester mit Gefängnisstrafe bedroht wird, so erscheint uns dies in der That als eine Vergewaltigung, deren sich der Staat nicht mehr schuldig machen sollte. Es war dies ein Mißgriff, der nur dazu diente, die Verfolgten mit der Märtyrerkrone zu schmücken und das Ansehen des Staates in den weitesten Kreisen zu erschüttern. Der einzige Weg kann

hier nur der sein, einem Geistlichen, welcher sich den Geboten des Staates nicht fügt, die staatliche Anerkennung und den Bezug seiner Einkünfte zu verweigern.

Die andern Grundzüge der Falkschen Gesetzgebung lassen sich vom theoretischen Standpunkte weit eher vertreten; sie betreffen namentlich die Erziehung, Vorbildung und Disziplin des Klerus. Um wirksam zu sein, sind diese Gesetze mindestens dreißig Jahre zu spät gekommen. Als man die Verfassung beriet, hätte man sich klar werden sollen, in welcher Weise die katholische Kirche von der ihr gewährten Freiheit Gebrauch machen würde. Auch hätte man nicht vergessen sollen, wie in dem letzten Menschenalter die Kirche ihre Glieder fest und unzertrennlich an sich gekettet hat. Erziehung und Vorbildung stellen in dieser Kette nur einen Ring dar. Man mag die Jugend auch noch so sehr mit staatlichen Grundsätzen tränken; nach Abolvierung der theoretischen Vorstudien wird man den jungen Kandidaten doch dem Priesterseminar überlassen müssen. Dann ist er noch so bildungsfähig und biegsam, daß der kirchliche Einfluß ihn doch völlig ergreift. Deshalb ist alles, was der Staat vorher thut, um später diesen kirchlichen Einfluß auszuschließen, vergeblich. Die weltliche Erziehung der jungen Leute kann nur dazu führen, daß sie ihrem Vorsatz, Priester werden zu wollen, wieder untreu werden — und dann treten an ihre Stelle andre —, nie aber dazu, daß, obwohl sie Priester werden wollen, sie mehr dem Staate als der Kirche dienen. Denn die ganze kirchliche Organisation des Katholizismus beruht darauf, daß der einmal als Priester geweihte alles nur von seinen kirchlichen Obern zu erwarten hat. Der Kirche gehört er mit Leib und Seele an, in ihr fühlt er sich als mächtiges Glied, und jede Stärkung ihrer Macht strahlt auch auf ihn zurück. Von demselben Gesichtspunkte ist auch die Disziplin zu beurteilen. Es ist staatsrechtlich ein gewiß unanfechtbarer Grundsatz, daß der Staatsbürger von keiner fremden Macht zur Rechenschaft gezogen werden darf. Aber die Kirche hat bereits um diese Exemption von der weltlichen Gewalt mit den römischen Imperatoren und den fränkischen Königen gekämpft und sich trotz allen Widerstreites in einer unabhängigen Lage zu erhalten gewußt. Und so stark ist ihre Gewalt über ihre Priester, daß keiner gegen die Strafe des Obern den weltlichen Arm anzurufen wagt. Abgesehen von Küstern hat eine Berufung an den kirchlichen Gerichtshof vonseiten eines katholischen Priesters unsers Wissens niemals stattgefunden.

Diese Macht der katholischen Kirche hat die Falksche Gesetzgebung verkannt und für zu gering angeschlagen. In dieser Hinsicht wird sich die Kirche aus ihrer Stellung nimmer verdrängen lassen, oder sie wird das aufhören zu sein, was sie ist. Der konstitutionelle Staat kann seinerseits nur gewisse Normativbestimmungen durchsetzen, die eine völlige Loslösung der Kirchendiener von der staatlichen Gemeinschaft, in welcher sie leben, verhindern. Diese Gefahr ist bei uns umso größer, als der Deutsche überhaupt zur Ausländerei hinneigt, und sicherlich

würde unser Klerus nationaler sein, wenn nicht der Papst seinen Sitz im Auslande hätte. Der Staat wird also darauf zu sehen haben, daß die Lehrer Deutsche sind, daß der Lehrplan in den kirchlichen Anstalten im allgemeinen dem der staatlichen Anstalten entspricht, und was die Disziplin betrifft, daß die Behandlung in den kirchlichen Demeritenhäusern nicht von der staatlichen Strafform zu sehr abweicht. In dieser Beziehung hat die Novelle vom 21. Mai dieses Jahres das Interesse des Staates gewahrt.

Die katholische Kirche hat also in Bezug auf Lehre und Zucht in Preußen die volle Freiheit wiedererlangt. Diejenigen, welche der Regierung in allen sonstigen Fragen ihre Unterstützung gewähren, fragten, als sie sich gerade auf diesem Punkte von ihr trennen zu müssen glaubten, worin denn die Gegenleistung der Kurie bestünde, und deuteten dabei auf die Anzeigepflicht der Bischöfe bei Ernennung der Pfarrer und auf das Einspruchsrecht des Staates hin. Eine solche Einrichtung war zwar nach den Falkschen Gesetzen begründet, bisher aber von der Kurie nicht anerkannt, obwohl sie in andern Ländern den Regierungen eine solche Konzession gewährt hat. Den geschickten Verhandlungen des Fürsten Bismarck und dem klugen Entgegenkommen des einsichtigen Papstes ist es gelungen, auch diesen schwierigen Punkt zu bestimmen. Die letzte Note des Kardinals Jacobini gewährt diese Anzeigepflicht ohne alle Einschränkung; die intransigente „Germania“ sucht zwar diese Note nach Möglichkeit abzuschwächen, obgleich man an dem Worte eines Papstes, wie an dem eines Kaisers, weder „drehn noch deuteln“ soll. Bei einem friedliebenden Papste werden sich gar keine Schwierigkeiten ergeben, bei einem kampflustigen aber sind alle gesetzlichen Garantien überflüssig. Staat und Kirche haben genug Mittel, um trotz der genauesten Gesetze sich das Leben schwer zu machen. Alles, was man vereinbart hat, ist nur ein *modus vivendi*; mißtraut der eine Teil dem andern oder ist er illoyal, dann sind auch die Reibungen unausbleiblich, da prinzipiell die katholische Kirche mit dem modernen Staate niemals sich in ihren innern Normen und Überzeugungen begegnen kann. Die Anzeigepflicht wird übrigens unter- und überschätzt. Sie wird unterschätzt, wenn man ihr jede Bedeutung abspricht. Wenn die katholischen Priester sich überzeugen werden, daß sie nur durch die Genehmigung des Staates in eine bessere Pfarrei gelangen können, dann werden sie auch ihr Verhalten — wenigstens öffentlich — so einrichten, daß sie nicht einem Widerspruch der Regierung begegnen. Die Anzeigepflicht wird aber auch überschätzt; bei den Bischöfen ist das Widerspruchsrecht des Staates in der Bulle *De salute animarum* und ihren gleichartigen Verordnungen begründet, und trotz desselben kann der Staat nicht überall zu friedfertigen Bischöfen gelangen.

Die päpstliche Gewährung der Anzeigepflicht ist von der Zusage einer vollen Revision der kirchenpolitischen Gesetze abhängig gemacht. Diese Zusage ist nach der Erklärung des Fürsten Bismarck im Herrenhause erteilt worden. Es kann nicht die Aufgabe dieser Zeilen sein, die Grundzüge einer solchen Revision zu zeichnen.

Das Gespinnst ist ein zu dichtes und zu verworrenes, als daß es möglich wäre, hier die Fäden auseinanderzuknüpfen. Wenn, wie zu hoffen steht, die guten Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Berliner Kabinet fort dauern, so wird auch dieses Ziel zur beiderseitigen Genugthuung erreicht werden können.

Der gegenwärtig erreichte friedliche Zustand ist ausschließlich das Werk des Papstes und der Regierung. Es muß besonders hervorgehoben werden, und die preußischen Katholiken werden sich auch dessen allmählich bewußt werden, daß die Centrumspartei als solche mit diesem Friedenswerk nichts zu thun hat. Im Gegenteil, es ist ohne Centrum zustande gekommen, dessen maßlose und von ganz andern Interessen geleitete Führerschaft dieser Ausöhnung widerstrebt und ihr soweit entgegengewirkt hat, als die kirchliche Obedienz es zuließ. Auch eine endgiltige Revision der Maigesetze wird nur zustande kommen, wenn auf dem gleichen Wege des Einvernehmens zwischen Kurie und Preußen fortgefahren wird. Ob dieser Weg zu einer Umgestaltung der politischen Verhältnisse im Reiche und in Preußen führen wird, kann noch bezweifelt werden. Es wird erst einer gewissen Zeit bedürfen, ehe die katholische Bevölkerung von dem Einfluß der demagogischen Hegkapläne befreit wird und ehe die neuen Bischöfe selbst den ihnen gebührenden Einfluß auf ihren Klerus wiedererlangen.

Man hat vielfach behauptet, daß Preußen den Frieden mit Rom bedürfe, um im Falle eines Krieges freie Hand zu haben. Das ist jedenfalls unrichtig; denn bei Beginn des Kulturkampfes war der Friede viel mehr bedroht, als er es jetzt ist. Der Grund für den Frieden liegt in der politischen Weisheit des Fürsten Bismarck und des Papstes Leo. Preußen-Deutschland ist die einzige auf festen Grundlagen ruhende konservative Macht der Welt. Mit einem allseitig anerkannten, tief im Volke wurzelnden, sich seiner verantwortlichen Aufgabe bewußten Königtum vermag dieses Reich allein den Gefahren zu begegnen, die aus den sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte erwachsen sind. Für die Beseitigung dieser Gefahren bedarf der Staat das Zusammenwirken aller erhaltenden Kräfte und deshalb auch des Friedens mit seinen katholischen Unterthanen. Das Papsttum aber findet allein in dieser konservativen Kontinentalmacht seine moralische Unterstützung. Rußland scheidet wegen seiner Konfession ganz aus, Österreich-Ungarn wird nur noch gekünstelt das Leben erhalten. In Frankreich und Italien ist die revolutionäre Bewegung so groß, daß ihre Strömung auf die katholische Kirche überflutet, und für England bieten die irischen Sorgen genug Stoff, um sich lediglich mit ihnen zu beschäftigen, auch streben seine Kolonien zur Unabhängigkeit. Das Papsttum wäre also isolirt, wenn es sich nicht auf das moralische Gewicht Deutschlands stützen könnte, dessen sechzehn Millionen Katholiken in dem römischen Bischof ihr von Gott gesetztes Oberhaupt sehen. Das Papsttum und der deutsche Katholizismus haben also das lebendigste Interesse an der Kräftigung und Erhaltung des Reiches.

Alle freilich sehen dies nicht ein, und so ist auch die Schaar derer nicht unbedeutend, welche den kirchlichen Frieden mit scheelen Augen betrachten.

Zunächst sind dies die katholischen Intransigenten und ihr Welkenführer Windthorst. Ihre Opposition ist natürlich, da ihre Herrschaft bedroht ist; wegen ihrer egoistischen Motive bedürfen Leute dieses Schlages keine weitere Beachtung. Ihnen gleich stehen alle, die an der Zerstörung des Reiches arbeiten: Polen, Sozialdemokraten und leider auch der Fortschritt, letzterer, weil er fürchtet, mit dem Einflusse von Windthorst auch die Reihen seiner Wählerschaft zu verlieren.

Anzufrieden sind aber auch die protestantischen Kreise und zwar sowohl die Nationalliberalen als die Hochkirchler. Beide Parteien bedürfen einer eingehenderen Würdigung.

Bei den Nationalliberalen herrscht immer noch ein gewisser Doktrinarismus; sie können sich trotz der gemachten Erfahrungen noch nicht von dem Gedanken frei machen, daß sich die katholische Kirche auf dem Wege der Gesetzgebung zu einem ewigen Stillschweigen verurteilen ließe. Aber sie sind in ihrem Widerspruche nicht völlig einig; es macht den Eindruck, als ob sie den Frieden wünschten, aber doch ihrerseits die Herbeiführung desselben nur zuließen, um mit dem gebildeten Teile ihrer Wählerschaft nicht in Zwiespalt zu kommen. Deshalb ist ihre Opposition auch nicht zu fürchten; sie werden an den Segnungen des Friedens kräftig mitwirken und in den spätern Stadien auch ihre Doktrin der praktischen Einsicht gern zum Opfer bringen.

Anderz sind die Hochkirchler und alle diejenigen, welchen der protestantische Glaube am Herzen liegt; sie erblicken in den Konzessionen des Staates eine Kräftigung der katholischen Propaganda und sehen sich ängstlich nach Mitteln um, wodurch denselben zum Heile des reinen Evangeliums ein Damm gesetzt werden könnte.

Zunächst widerspricht es der Erfahrung, daß der Kampf mit dem Staate dem Umsichgreifen des Katholizismus geschadet habe; was der letztere auch innerlich verloren haben mag, äußerlich ist derselbe durch den Kulturkampf gewachsen. Dagegen ist es unzweifelhaft richtig, daß die katholische Propaganda mehr und mehr den Protestantismus verdrängt. Überall sehen wir den katholischen Glauben festen Fuß fassen; er hat sich nicht nur unter den heidnischen Völkern Asiens und Afrikas ganze Territorien erobert, er hat nicht nur in England und in den Vereinigten Staaten an Umfang zugenommen, der jetzt schon Millionen von Angehörigen zählt, er gewinnt auch in dem protestantischen Teile Deutschlands mehr und mehr Stätten. Diese Thatfache ist so ernst, daß alle, welche die protestantische Freiheit im Herzen tragen, mit Recht ihr Augenmerk darauf richten müssen. Allein man muß sich nur über die Ursache dieser Erscheinung klar werden, welche offenbar darin liegt, daß der Protestantismus nicht mehr die volle Kraft besitzt, sich seinen Einfluß auf das Volk zu sichern. Die

gebildeten Klassen sind indifferent, die untern fühlen keinen Zusammenhang ihres Lebens mit dem Evangelium. Glaubt man diesen bedauerlichen Erscheinungen dadurch abzuhelpfen, daß man die evangelische Kirche vom Staate ganz löst und ihr dieselbe Freiheit und straffe Organisation giebt, wie sie die katholische Kirche besitzt, so übersieht man, daß man damit dem Wesen des Protestantismus zu Leibe geht und ihn zu einem Kryptokatholizismus umwandelst. Im Wesen der protestantischen Kirche liegt die freie Forschung auf dem Boden des Evangeliums; stellt man hier starre Sätze auf oder begründet man eine Herrschaft des Priestertums, so nimmt man der evangelischen Konfession den Boden, auf dem sie allein gedeihen kann. Der Protestantismus muß seine innere Kraft wiedergewinnen; er muß den Gebildeten das Bekenntnis nicht zu erschweren suchen und sich mehr mit den niedern Klassen der Bevölkerung in ihrem sozialen Leben abgeben. Letzteres ist im letzten Jahrzehnt nur von der Orthodoxie versucht worden, aber in einer Weise, die sie noch mehr von den Klassen trennt, welche vermöge ihrer Bildung zur Führerschaft berufen sind.

Es ist zuzugeben, daß die Gefahr für den Protestantismus eine große ist; aber diese Gefahr liegt sicher nicht in dem Frieden mit Rom. Der Protestantismus kann allein mit geistigen Waffen siegen, für diese muß Haus, Schule und Kirche in gleicher Weise sorgen, indem der Wert der lutherischen Reformation als treuer Schatz behütet wird.

Deshalb geht die Mahnung an alle protestantischen Kreise, nicht fortwährend das zu suchen, was uns trennt, sondern das, was uns verbindet.

Auf, laßt uns nicht mit Lanzen rechen,
 Laßt mit dem Geist uns ziehn ins Feld
 Und uns das heil'ge Land erschrecken,
 Wie Christus sich erschocht die Welt.



Minister Brühl in Schlafrock und Pantoffeln.



er Minister, dessen Name mit einem der freundlichsten Aussichtspunkte Deutschlands, mit der Brühlschen Terrasse in Dresden, wie es scheint für alle Zeit, verknüpft bleiben wird, dem aber im übrigen seit mehr als einem Jahrhundert recht viel Unfreundliches nachgesagt worden ist und sicherlich nachgesagt werden mußte, ist bis heute merkwürdigerweise noch nicht der Gegenstand einer erschöpfenden biographischen Studie gewesen. Warum? Sind die Quellen, welche über ihn berichten könnten, so völlig verschüttet? Heute, wo der ernstesten Forschung